

KURZ UND PRÄGNANT

Ein Wahlgeschenk

„Ziel des kommunalen Hilfspaketes muss es sein, die Finanzkraft der Kommunen im Freistaat dauerhaft zu stärken“, so MdL Frank Kuschel. Der Gesetzentwurf der Koalition sei lediglich ein Wahlgeschenk, das keine nachhaltige Wirkung habe. Der vorgesehene Verteilungsmaßstab orientiere sich ausschließlich an der Bevölkerungsentwicklung und lasse die Finanzkraft der Kommunen unberücksichtigt. Ein Großteil der Gelder soll in einem intransparenten Verfahren als so genannte Bedarfsszuweisungen ausgereicht werden. Nach Vorstellungen der LINKEN sollen die Schlüsselzuweisungen um 56 Millionen Euro aufgestockt und weitere 40 Millionen als Investitionspauschale ausgezahlt werden.

Dadurch könnten auch die Kommunen investieren, die über keinen Haushalt verfügen. „Damit werden ihre finanzielle Handlungsfähigkeit gesichert und Perspektiven im Rahmen von Strukturveränderungen eröffnet, um die kommunale Leistungskraft zu erhöhen“, betont der Abgeordnete. Eine nachhaltige Stärkung der kommunalen Landschaft in Thüringen werde allerdings erst mit einer Funktional- und Verwaltungsreform erzielt. ■

Gesetze auf Prüfstand

Zur Forderung des Thüringer Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Dr. Lutz Hasse, auch Ordnungswidrigkeiten seines Zuständigkeitsbereichs in Behörden verfolgen zu können, erklärt Sabine Berninger für die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Damit auch in Behörden der Datenschutz das Gewicht erhält, das ihm zusteht, bedarf es auch hierfür probater Mittel. Es kann nicht sein, dass der Landesbeauftragte zwar Verstöße gegen den Datenschutz feststellt, diese aber nicht ahnden kann. Die Verfolgung solcher Verstöße darf nicht abhängig sein von der Auffassung der jeweiligen Aufsichtsbehörde. Das ist ein Unding.“

Für die LINKE-Fraktion im Thüringer Landtag ist das Anliegen des Landesbeauftragten für Datenschutz begründet und nachzuvollziehen. Sabine Berninger verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass in der noch in diesem Jahr beginnenden nächsten Wahlperiode des Thüringer Landtags „eine Reihe von Gesetzen auf dem Prüfstand stehen werden. Darunter werden mit Sicherheit auch die Gesetze für Datenschutz und Informationsfreiheit in Thüringen sein, die unter anderen Mehrheitsverhältnissen endlich modernisiert und weiterentwickelt werden müssen.“

Zinsen für Dispo- und Verbraucherkredite

Im Online-Diskussionsforum des Thüringer Landtags Gesetzentwurf der Linksfraktion

Bitte mitmachen und kommentieren: Zurzeit befindet sich der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zum Dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Sparkassengesetzes vom 13.11.2013 (Drucksache 5/6876) in der parlamentarischen Diskussion. Ziel der Linksfraktion ist die Begrenzung der zum Teil unverschämten hohen Dispo- und Überziehungszinsen.

Bis zum 2. März 2014 haben die Thüringer Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich im Online-Diskussionsforum des Thüringer Landtags zu dem Gesetzentwurf der Linksfraktion zur Änderung des Thüringer Sparkassengesetzes zu äußern.

Mehrfach hatte die LINKE das Thema bereits im Landtag zur Diskussion gestellt. „Und dabei haben wir betont, dass besonders Familien mit Kindern und Alleinstehende diese Dispositionskredite in Anspruch nehmen müssen, und genau auf sie zielt unser Antrag“, so die verbraucherpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Diana Skibbe, die erklärte, wie wichtig es ist, die Sparkassenkunden bei der Inanspruchnahme

von Dispositionskrediten bzw. gelduhten Kontoüberziehungen spürbar zu entlasten. Immerhin werden durch die Sparkassen Thüringens Dispozinsen gefordert, die durchschnittlich über zehn Prozent liegen. Noch ärger trifft es die Verbraucher bei den Überziehungszinsen; hier werden über 16 Prozent verlangt.

Wenn man berücksichtigt, dass nach der Studie des Instituts für Finanzdienstleistungen gerade Arbeitslose, Alleinerziehende, Selbständige und Paare mit Kindern Dispositionskredite in Anspruch nehmen, wird die soziale Brisanz dieser Praxis deutlich.

Noch einen weiteren Aspekt gilt es zu berücksichtigen. Der Leitzinssatz, zu dem sich die Banken Geld bei der Europäischen Zentralbank (EZB) leihen, beträgt 0,25 Prozent. Der Basiszinssatz liegt aktuell sogar bei Minus 0,63 Prozent.

Die LINKE hat in ihrem Gesetzentwurf eingearbeitet, dass der Zinssatz für Überziehungskredite höchstens fünf Prozent über dem Basiszinssatz liegt. „Mit dieser Begrenzung der Zinshöhe wollen wir also ein weiteres unberechtigtes Schröpfen der Verbrau-

cherinnen und Verbraucher verhindern. Und wir rufen auf, die Möglichkeit der Online-Diskussion unseres Gesetzentwurfs rege und zahlreich aus Verbraucher-Sicht zu nutzen. Dies würde unsere Position im Haushalts- und Finanzausschuss enorm stützen“, unterstrich Diana Skibbe.

Das Online-Forum ist zu finden unter: www.forum-landtag.thueringen.de. Auf der sich öffnenden Seite ist unten links unter Zinsen für Dispositions- und Verbraucherkredite bei den Thüringer Sparkassen der LINKE-Gesetzentwurf zu finden. Wenn dieser angeklickt wird, öffnet sich eine weitere Seite, auf der die Bürgerinnen und Bürger zu den konkreten Fragen des Ausschusses Stellung beziehen können.

Es gilt also, die verbleibende Zeit bis zum 2. März die Online-Diskussion zu führen und den Gesetzentwurf zu unterstützen.

<https://forum-landtag.thueringen.de/dokument/zinsen-fuer-dispositions-und-verbraucherkredite-bei-thueringer-sparkassen> ■

Eindampfverfahren für Kali-Lauge

Einen Stopp der Versenkung von Kali-Abwässern durch den Konzern Kali+Salz (K+S) und eine umgehende Prüfung des Eindampfverfahrens als sinnvolle, wertstoffgewinnende und wesentlich kostengünstigere Alternative zum Bau einer Entsorgungs-Pipeline zur Nordsee forderten auf einer Pressekonferenz im Landtag in Erfurt am

bezüglich der Versalzung der Werra durch die Kali-Industrie erneuert hatte und dabei besonders auf die Abwasser-Versenkung und den Umgang mit der von der Anrainerkonferenz vorgeschlagenen Eindampfanlage Bezug nahm.

Die enormen Umweltprobleme u.a. durch die starke Salzbelastung von



20. Januar Marjana Schott, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, und Tilo Kummer, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Damit wäre auch eine nachhaltige Arbeitsplatzsicherung verbunden, wurde übereinstimmend festgestellt.

Als einen großen Erfolg bezeichnete Dr. Walter Hölzel, Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz, das Schreiben der EU-Kommission vom 11. Dezember 2013, in dem diese ihre Kritik an der Bundesrepublik Deutschland

Werra und Weser auf mehr als 500 Kilometern müssen endlich wirksam angegangen werden, der Konzern K+S, der nun schon jahrelang europäische Umweltgesetzgebung ignoriere, müsse endlich handeln.

An der Pressekonferenz hatten auch Klaus Reinhardt, Vorsitzender der „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Werratal“, Ulf Frank, Leiter der Gemeindewerke Gerstungen, und Reinhard Karol, Präsident des Verbandes für Angeln und Naturschutz Thüringen e.V., teilgenommen. ■

Arbeitslosenparlament

Mit seiner Sitzung am 18. Februar im Landtag begeht das Thüringer Arbeitslosenparlament sein 15jähriges Bestehen. Das Arbeitslosenparlament kündigt sich vor allem um das Schicksal und die Zukunft der Langzeitarbeitslosen im Land und fordert, ihnen nicht nur eine Chance zu geben. Für die älteren Menschen ab dem 50. Lebensjahr fordert das Arbeitslosenparlament ähnlich wie vor 15 Jahren ein spezielles Landesprogramm „50plus“. „Solch ein Programm ist angesichts eines gestiegenen Renteneintrittsalters ab 67 Jahre noch wichtiger als vor 15 Jahren“, sagte Ingrid Schindler von der Arbeitsloseninitiative.

Wie es in einer Presseinformation weiter heißt, „haben die Organisatoren des Arbeitslosenparlaments mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass es die Fraktionen der CDU und der FDP erneut abgelehnt haben, durch ihre Beteiligung an der Einladung des Arbeitslosenparlaments in den Landtag, die 34. Sitzung zu unterstützen. Unterstützung erhält das Thüringer Arbeitslosenparlament durch die Fraktionen der Partei Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Grüne (...) Die Teilnehmer des Arbeitslosenparlaments werden für die im Landtag vertretenen Parteien Wahlprüfsteine zur Landtagswahl beraten und beschließen“.

Die 35. Sitzung des Thüringer Arbeitslosenparlaments ist für den 2. September 2014, wenige Tage vor den Landtagswahlen, geplant. ■